

## KERNFORDERUNGEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025

Deutschland hat das Ziel, bis 2045 klimaneutral zu werden. Auf dem Weg dorthin muss das Energiesystem grundlegend umgebaut werden. In diesem Transformationsprozess hat TransnetBW als Stromübertragungsnetzbetreiber die Aufgabe, sein Höchstspannungsnetz auf einen wesentlich höheren Stromtransport sowie veränderte Erzeugungs- und Lastflüsse auszulegen. Denn: Angesichts des Ausbaus der Erneuerbaren Energien und eines steigenden Strombedarfs durch Sektorenkopplung gibt es ohne ein ausreichendes Transportnetz keine sichere Stromversorgung. Dabei erfordert ein rascher Aus- und Umbau des Stromnetzes Verlässlichkeit, Planungssicherheit und Pragmatismus.

### Netzausbau optimieren

#### **Genehmigungsverfahren für Netzausbauprojekte müssen mit vereinfachten und standardisierten Genehmigungsanforderungen weiter beschleunigt werden**

- / **Stromnetzausbau steuern:** Die im Netzentwicklungsplan bestätigten, also für notwendig erachteten Leitungsausbauvorhaben, sollten entsprechend ihres energiewirtschaftlichen Nutzens gestaffelt werden. Mit dieser Reihenfolge kann die Umsetzung trotz knapper Personal- und Materialressourcen volkswirtschaftlich optimal erfolgen.
- / **Fristen bei der Beteiligung in Genehmigungsverfahren verbindlich einhalten:** Verbindliche Rückmeldefristen sorgen für Planbarkeit von Prozessen und Abläufen. Verfahren können somit straff umgesetzt werden. Wird von Behörden oder Trägern öffentlicher Belange keine fristgerechte Stellungnahme eingereicht, gilt dies als Zustimmung (Genehmigungsfiktion).
- / **Bundeseinheitliche Standards für Prüfungen im Rahmen von Genehmigungsverfahren setzen:** Die Verwaltungen müssen bei Vorhaben der öffentlichen Infrastruktur, die dem Klimaschutz dienen, wieder stärker nach dem Grundsatz des Ermöglichens handeln. Für die Prüfung, insbesondere im Umwelt- und Naturschutz, gilt es, bundeseinheitliche Standards zu schaffen, die konsequent auf den Populationsschutz abzielen.
- / **Genehmigung von Schwerlasttransporten praxistauglich ausgestalten:** Für die im Zuge der Modernisierung und Erweiterung der Strominfrastruktur erforderlichen Schwerlasttransporte (zum Beispiel Transport von Transformatoren und Kabelrollen) braucht es einen praxistauglichen Genehmigungsprozess, der die bisher praktizierten und sehr aufwändigen Einzelgenehmigungen ablöst.
- / **Drohnenflüge für Stromleitungsüberwachung und -wartung erleichtern:** Die Anmeldung von Drohnenflügen im Zusammenhang mit der Fehlersuche und Wartung von Stromleitungen muss seitens der Flugsicherung praxistauglicher ausgestaltet und deutlich vereinfacht werden. Einschränkungen zu Flughöhen und zum Überfliegen zum Beispiel von Naturschutzgebieten müssen reduziert werden. Mit der Maßnahme können Helikopterflüge ersetzt werden, die deutlich negativere Auswirkungen auf Natur- und Artenschutz haben und für die auch deutlich höhere Kosten anfallen.

### Finanzierbarkeit und damit die Akzeptanz der Energiewende sichern

#### **Neue Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen (HGÜ) als Freileitungen realisieren**

- / **Freileitungen statt Erdkabeln:** Zentrales Element der Energiewende ist die Verbindung der Offshore- und Onshore-Windenergieerzeugung im Norden und Osten mit den Verbrauchszentren im Westen und Süden Deutschlands. Die dafür notwendigen neuen Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen an Land (HGÜ) sollten in Freileitungstechnik realisiert werden, um einerseits die Investitionskosten um mindestens 20 Mrd. Euro zu reduzieren und andererseits die technische Wartung zu erleichtern. Zudem können die neuen HGÜs dann früher in Betrieb genommen werden, was auch die Redispatch-Kosten deutlich reduziert.
- / **Keine Hybridlösungen:** Hybridlösungen (HGÜs abwechselnd als Erdkabel und Freileitung) sind keine Option, da sie die technische Komplexität erhöhen, zusätzliche Flächen für Kabelübergangsanlagen benötigen und die Komplexität der Genehmigungsverfahren extrem steigern. Insgesamt erhöht das stark die Kosten.

## Netzentgelte stabilisieren

- / **Innovative Finanzierungsinstrumente als Katalysator der Energiewende nutzen:** Die Transformation des Energiesystems geht mit einem hohen Finanzierungsbedarf insbesondere für den Ausbau der Netzinfrastruktur einher. Steigende Netzentgelte sind die Folge, gleichzeitig darf die Frage der Finanzierbarkeit der Energiewende nicht zur Akzeptanzfrage werden. Daher schlagen wir vor, die Netzentgelte durch Bundesmittel zu stabilisieren. Mögliche Ansätze sind:
  - / Ein **jährlicher Bundeszuschuss**.
  - / Die Streckung der Investitionskosten über ein **Amortisationskonto**, das die Netzkosten während der Transformationsphase vom Bund vorfinanziert und die Verbraucher durch niedrigere Netzentgelte entlastet. Diese Vorleistungen würden in der anschließenden Stabilisierungsphase über die Netzentgelte zurückgezahlt. Im Gegensatz zu einem reinen Zuschuss gibt es hier einen Rückzahlungsmechanismus.
  - / Das **Herauslösen von Kosten aus den Netzentgelten**, die nicht dem Betrieb und Ausbau der Netze zuzuordnen sind (z. B. Engpassmanagementkosten) und Finanzierung dieser über den Bundeshaushalt.

## System- und Versorgungssicherheit erhalten

### Die Kraftwerksstrategie und der anschließende Kapazitätsmarkt müssen schnell und entschlossen umgesetzt werden

- / **Schnell den Zubau von mehr Leistung ermöglichen:** Bis 2030 wird ein Kraftwerkszubau von 21 Gigawatt gesicherter Leistung benötigt, um den Kohleausstieg zu ermöglichen und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Deshalb muss die Kraftwerksstrategie prioritär umgesetzt und im Anschluss ein Kapazitätsmarkt eingeführt werden. Dabei ist ein zentraler Kapazitätsmarkt mit lokaler Komponente das Modell mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis. Und es läuft die Zeit davon: Kohlekraftwerke, die Betreiber eigentlich stilllegen wollen, müssen von den Übertragungsnetzbetreibern zur Netzstabilisierung eingesetzt werden, obwohl sie mit einem durchschnittlichen Alter von 33 Jahren störungsanfällig sind und sich kaum mehr Personal für den Betrieb findet.
- / **Anreize für systemdienliche Verortung von Leistung weiter konkretisieren:** Kraftwerke müssen dringend dort entstehen, wo sie den besten Beitrag zur Versorgungssicherheit und stabilen Netzbetrieb leisten. Der Südbonus ist dafür ein geeignetes Instrument. Er muss so ausgestaltet sein, dass eine ungünstige Verteilung des Kraftwerkszubaus innerhalb des netztechnischen Südens vermieden wird. Andernfalls könnten die positiven Effekte einer systemdienlichen Verteilung, insbesondere im Hinblick auf den Umfang und die Kosten der vorzuhaltenden Netzreserve, geschmälert werden. Dazu sollte sich die neue Bundesregierung an den von den Übertragungsnetzbetreibern identifizierten Bedarfen für gesicherte Erzeugungsleistung aus Netz- und Systemsicht je Regelzonen orientieren.

### Der Einsatz von Reserveinstrumenten muss vereinfacht werden

- / **Systemreserve einführen:** Die verschiedenen Reserveinstrumente sollten in einer Systemreserve zusammengefasst werden, die zur Sicherstellung der System- und Versorgungssicherheit eingesetzt wird. Dazu gehören Instrumente wie die Netz- und Kapazitätsreserve und besondere netztechnische Betriebsmittel. Dadurch werden bei gleichbleibender Systemsicherheit die volkswirtschaftlichen Kosten gesenkt, die Handhabung der Instrumente erleichtert und eine Transformation zu emissionsarmen Technologien angereizt. Die Kraftwerke sollen zur Vermeidung von Leitungsüberlastungen (Engpassmanagement) und zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage (Systembilanz) eingesetzt werden.

## Flexibilität erschließen

- / **Smart-Meter-Hochlauf beschleunigen**, um die technischen Voraussetzungen für die Erschließung der Flexibilität von Verbrauchern zu schaffen.
- / **Anreize für die Digitalisierung der Netze schaffen.**
- / **Potenzial von Wärmepumpen, Heimspeichern und E-Fahrzeugen für die Netzstabilisierung erschließen:** Verbrauchseinrichtungen sollen zukünftig freiwillig einen Beitrag zur Netzstabilisierung leisten können. Deshalb muss das Marktdesign weiterentwickelt werden und das kostenbasierte Engpassmanagement um eine marktbasierende Säule ergänzt (hybrider Redispatch/Redispatch 3.0) und Anreize für netzdienliches Verhalten eingeführt werden. Dazu soll die neue Bundesregierung groß angelegte Reallabore zur weiteren Ausgestaltung und Erprobung ermöglichen.
- / **Innovationsräume allgemein für die Flexibilitäterschließung schaffen.**

## Erneuerbare Erzeugung systemdienlich steuern

- / **Erneuerbare Energien effektiv integrieren:** Die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien hat sich zu einer tragenden Säule der Energieversorgung entwickelt und leistet einen zentralen Beitrag zur Energiewende. Mit ihrer wachsenden Bedeutung steigen aber auch die Anforderungen an einen stabilen und zuverlässigen Netzbetrieb. Daher sind gezielte Regelungen erforderlich, um die Systemintegration der Erneuerbaren weiter zu optimieren und ihre Steuerbarkeit zu verbessern. Dazu gehören Maßnahmen wie die Begrenzung der Wirkleistungseinspeisung, die Absenkung der Schwelle für die verpflichtende Direktvermarktung, Anforderungen an die Steuerbarkeit zumindest ab 7 kW sowie der Wegfall der Vergütung bei negativen Preisen in Verbindung mit dem Marktmengenmodell.

## Einheitliche Strompreiszone beibehalten

- / **Planungs- und Investitionssicherheit statt Verunsicherung:** Eine Teilung der Strompreiszone ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll und mit enormen Risiken verbunden. Statt Verunsicherung zu schaffen, sollte die neue Bundesregierung den beschleunigten Ausbau der Netze und der erneuerbaren Energien ermöglichen. Insgesamt gilt: Werden die verschiedenen Instrumente von Kraftwerksstrategie bis Erschließung von Erzeugungsflexibilität umgesetzt, wird die Argumentationsgrundlage für eine mögliche Teilung der einheitlichen deutsch-luxemburgischen Strompreiszone entzogen.

## Regulatorischen Rahmen anpassen

- / **Regulierungssystem anpassen:** Der zukünftige Regulierungsrahmen sollte vereinfacht und dessen immanente Verfahren beschleunigt werden. Zudem ist eine Weiterentwicklung zu einem noch transparenteren und verständlicheren Regulierungssystem angebracht, wobei bewährte, praktikable Ansätze beibehalten werden sollen. Unsicherheiten für Investoren sind zu vermeiden.
- / **Investitionsfreundliches Umfeld schaffen:** Anpassungen am Regulierungsrahmen dürfen keinesfalls zu einer Verschlechterung von Investitionsbedingungen führen. Die Erhaltung von Flexibilitäten und unternehmerischen Freiheiten im Rahmen der Finanzierungsmöglichkeiten und -formen der Netzbetreiber sind zwingend erforderlich, um die massiven Investitionsbedarfe zu stemmen und das Gelingen der Energiewende nicht zu gefährden.

## Ansprechpartner

### Herr Stefan Zeltner

Leiter  
Politik, Regulierung und  
Nachhaltigkeit  
+49 171 3091695  
stefan.zeltner@transnetbw.de

### Herr Florian Reuter

Teamleiter Nationale Politik  
Politik, Regulierung und  
Nachhaltigkeit  
+49 173 6502085  
f.reuter@transnetbw.de

### Herr Dr. Reinhold Buttgerit

Senior-Hauptstadtrepräsentant  
Politik, Regulierung und  
Nachhaltigkeit  
+49 151 51106105  
r.buttgerit@transnetbw.de